

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließlich
des „Mstr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Dannebohn in Eibenstock.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Dannebohn in Eibenstock.

N^o 65.

54. Jahrgang.
Dienstag, den 4. Juni

1907.

Tanzregulativ und Bestimmungen

über Konzerte, Theater- u. Singspiel-Aufführungen für den Verwaltungsbezirk
der Königlichen Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.
Tanzvergütungen aller Art, öffentliche und nichtöffentliche, dürfen, soweit letztere nicht
als Privatbälle in Privathäusern stattfinden, nur in solchen Gast- und Schankwirtschaften
veranstaltet werden, deren Inhaber die allgemeine Erlaubnis zur Abhaltung öffentlicher
Tanzvergütungen besitzen.

Ausnahmen kann der Bezirksausschuß gestatten.

§ 2.
Öffentliche Tanzvergütungen sind solche, wo jedermann Zutritt hat.
Als öffentliche Tanzvergütungen werden auch die von Vereinen oder Gesellschaften
veranstalteten Tanzvergütungen angesehen, wenn Nichtmitgliedern die Teilnahme am Ver-
gnügen gegen Erlegung eines Eintrittsgeldes, eines, wenn auch freiwilligen Beitrages zu den
Tanz- oder sonstigen Kosten der Lustbarkeit, gegen Lösung eines sogenannten Tanzbändchens,
oder auf ähnliche Weise, gleichviel ob die Bezahlung von den Mitgliedern oder den Gästen
erfolgt, gestattet wird, oder wobei schon durch Einladung einer größeren Anzahl von Per-
sonen, ganzer Vereine oder Gesellschaften das Vergnügen den Charakter eines öffentlichen
annimmt.

II. Öffentliche Tanzvergütungen.

§ 3.
Die Abhaltung öffentlicher Tanzbelustigungen ist gestattet:
am ersten und dritten Sonntage jeden Monats mit Ausnahme der Sonntage, die in die
geschlossenen Zeiten*) fallen,

am Fastnachtdienstag,
am zweiten Osterfeiertag,
am zweiten Pfingstfeiertag,
am zweiten Weihnachtsfeiertag,
am Erntedankfesttag,

am Sonntag und Montag des Kirchweihfestes,
in den Orten, wo regelmäßige Jahrmärkte stattfinden, am Jahrmarktsontag und -montag,
wenn aber der Jahrmarkt in die Mitte der Woche fällt, nur am Tage des Jahr-
marktes.

§ 4.
Öffentliche Tanzvergütungen dürfen erst eine Stunde nach Beendigung des Nach-
mittagsgottesdienstes beginnen und nicht über 12 Uhr nachts dauern.
Eine halbe Stunde nach Schluß der Musik müssen sämtliche Gäste das Tanzlokal
verlassen haben.

§ 5.
Zur Abhaltung öffentlicher Tanzmusik an den in § 3 genannten Tagen bedarf es
seiner besonderen obrigkeitlichen Erlaubnis. Der Inhaber des Tanzsaales ist jedoch verpflichtet,
spätestens am Tage vor dem Tanzvergügen der Ortsbehörde — dem Bürgermeister, Ge-
meindevorstand, Gutsvorsteher — Anzeige darüber zu erstatten (vergl. auch § 8).

§ 6.
Zur Abhaltung von öffentlicher Tanzmusik an anderen als den in § 3 genannten
Tagen, und zur Ausdehnung des Tanzes über die in § 4 festgesetzte Zeit bedarf es der be-
sonderen Erlaubnis der Königlichen Amtshauptmannschaft.

Ein Recht auf Abhaltung anderer Tanzmusiken, als der in § 3 gedachten, besteht nicht.
Am 4. und 5. Sonntag eines Monats wird nur in den in den Verordnungen des
Königlichen Ministeriums des Innern vom 16. Februar 1893, vom 31. Januar 1906 und
der Königl. Kreisshauptmannschaft Zwickau vom 19. März 1900 nachgelassenen Fällen die
Erlaubnis erteilt werden.

Für den zweiten Sonntag eines Monats oder für Festtage wird die Erlaubnis in der
Regel jährlich bis zu viermal und zwar höchstens einmal im Quartale**) jedem Tanzwirte
erteilt werden. Außerdem behält sich die Königliche Amtshauptmannschaft vor, jährlich jedem
Tanzwirte zweimal an Wochentagen die Abhaltung einer Tanzmusik zu genehmigen, sofern
der Tanzwirte unmittelbar ein Konzert voraussetzt, wo nachweislich ein höheres Interesse
der Kunst obwaltet (Symphoniekonzerte, Konzerte guter Musikkapellen und vollständiger
Militärkapellen). Die Teilnahme an solchen Tanzmusiken ist jedoch nur den Konzertbesuchern
gestattet.

§ 7.
Gesuche um Erlaubnis zur Abhaltung besonders genehmigungspflichtiger öffentlicher
Tanzmusik oder zur Ausdehnung der Tanzmusik über die in § 4 festgesetzte Zeit sind
spätestens 5 Tage vorher mittels schriftlichen, von der Ortsbehörde begutachteten Antrags
unter Beifügung des Tanzbuches (vergl. Absatz 3) anzubringen.

Gesuche ohne Gutachten der Ortsbehörde werden, abgesehen von besonders dringlichen
Fällen, kurzer Hand abgewiesen.
Jeder Tanzwirt hat ein Tanzbuch zu halten, worin die jeweilige Genehmigung von
der Königlichen Amtshauptmannschaft vermerkt wird.

§ 8.
Die öffentlichen Tanzvergütungen unterliegen der Beaufsichtigung der Ortsbehörde.
Der Veranstalter öffentlicher Tanzmusik hat gleichzeitig mit der Anmeldung bei der
Ortsbehörde (vergl. § 5) für die polizeiliche Beaufsichtigung neben den sonst etwa ortsüb-
lichen Abgaben eine Gebühr von 1 M. 50 Pf., die jedoch ortsstatutarisch erhöht werden
kann, an die Ortsbehörde oder an die von ihr zu bezeichnende Kasse zu erlegen. Bis zur
Erlegung dieser Gebühren kann die Abhaltung des Tanzvergügens durch die Ortsbehörde
untersagt werden.

Die Gebühr von 1 M. 50 Pf. erhöht sich um die Hälfte, falls die Abhaltung des
öffentlichen Tanzvergügens über 12 Uhr nachts hinaus genehmigt wird.

§ 9.
Die Gemeinden sind berechtigt, bei öffentlichen Tanzvergütungen ein durch Gemeinde-

*) geschlossene Zeiten sind:
die Bußtage und ihre Vorabende,
die Zeit vom Montag nach dem Sonntage Ostere bis zu und mit dem ersten Osterfeiertage,
der erste Pfingstfeiertag und sein Vorabend,
der Totenfestsonntag und sein Vorabend,
die letzte Woche vor Weihnachten, vom ersten Weihnachtsfeiertage, einschließlich dieses Feiertages, zurückgerechnet.

**) Die Belegung von einem Quartale auf das andere ist unzulässig.

beschluss festzusetzendes und an die im voraus zu bestimmende öffentliche Kasse abzulieferndes
Eintrittsgeld zu erheben.

In den Orten, wo zeitlich ein Eintrittsgeld oder eine andere Abgabe für die Armen-,
Schul- oder sonstige öffentliche Kasse erhoben worden ist, kann das Eintrittsgeld oder die
Abgabe auch künftig in dem bisherigen Umfange gefordert werden.

Den mit der Vereinnahmung des Eintrittsgeldes beauftragten Personen ist zur Er-
hebung der Abgabe ein geeigneter Platz im Innern des Tanzsaales mit Tisch und Stühlen
einzuräumen.

§ 10.
Den Tanzwirten ist es nachgelassen, ein Eintrittsgeld in beliebiger Höhe zu erheben.

III. Nichtöffentliche Tanzvergütungen.

§ 11.
Privatbälle in Privathäusern bedürfen keiner besonderen Erlaubnis, doch gelten für sie
die Bestimmungen über geschlossene Zeiten.

Tanzvergütungen, die von Privatpersonen für ihre Familien und eingeladenen Gäste
oder von Gesellschaften oder Vereinen, die von der Königlichen Amtshauptmannschaft in das
von ihr nach § 12 geführte Verzeichnis eingetragen sind — eingetragene Tanzgesellschaften —,
für ihre Mitglieder und ihre besonders eingeladenen Gäste in öffentlichen Tanzlokalen ver-
anstaltet werden, bedürfen keiner besonderen Erlaubnis.

Die von den Gemeinden erlassenen ortsstatutarischen oder regulativmäßigen Bestimm-
ungen über Erhebung von Abgaben bei Veranstaltung von Gesellschafts- oder Vereinsver-
gütungen bleiben unberührt.

§ 12.
Die Aufnahme in das im vorstehenden Paragraphen erwähnte Verzeichnis ist von dem
Verein oder der Gesellschaft bei der Königlichen Amtshauptmannschaft unter Vorlegung der
Statuten und eines Mitgliederverzeichnisses in je 2 Exemplaren nachzuweisen.

Mit der Aufnahme in das Verzeichnis gilt der Verein oder die Gesellschaft als einge-
tragene Tanzgesellschaft.

Die Aufnahme steht in dem freien Ermessen der Königlichen Amtshauptmannschaft und
wird jedenfalls dann abgelehnt werden, wenn der Verein oder die Gesellschaft eine Umgehung
der regulativmäßigen Bestimmungen über öffentliche Tanzmusiken bezweckt oder befördert;
auch können eingetragene Gesellschaften im Verzeichnisse wieder gestrichen werden, wenn sie
bei ihren Tanzvergütungen oder bei sonstigen Gelegenheiten zu Unzutraglichkeiten Veran-
lassung geben oder mit der ihnen durch den Eintrag verliehenen Berechtigung Mißbrauch
treiben oder sich wiederholt Uebertretungen dieses Regulativs zu Schulden kommen lassen.

Von der Aufnahme, sowie Streichung eines Vereins im Verzeichnisse wird sowohl der
Vereinsvorstand, als auch die Ortsbehörde, in deren Bezirk der Verein seinen Sitz hat, in
Kenntnis gesetzt.

Die Einreichung eines Mitgliederverzeichnisses kann jederzeit — auch nach Aufnahme
des Vereins in das Verzeichnis — von der Königlichen Amtshauptmannschaft verlangt werden.

§ 13.
Die Abhaltung eines nach § 11 Absatz 2 zu beurteilenden Tanzvergügens ist der Orts-
behörde spätestens 48 Stunden vorher anzuzeigen. Diese stellt hierüber eine dem Wirte der
Tanzstätte vorzulegende Bescheinigung aus.

Von der Ortsbehörde kann ein Verzeichnis der eingeladenen Gäste verlangt werden.

§ 14.
Die Bescheinigung (§ 13) ist von der Ortsbehörde zu verfordern:

- 1) wenn der Nachweis fehlt, daß der Verein in das bei der Königlichen Amtshaupt-
mannschaft geführte Verzeichnis eingetragen ist;
- 2) wenn nach Lage der Sache anzunehmen ist, daß das Tanzvergügen einen öffent-
lichen Charakter hat (§ 2).

§ 15.
Der Wirt, in dessen Räumlichkeiten das Tanzvergügen abgehalten werden soll, darf
seine Räume nicht eher zu diesem Zwecke benutzen lassen, als ihm nicht die nach § 13 aus-
gestellte Anzeigebescheinigung der Ortsbehörde vorgelegt worden ist.

§ 16.
Auf alle anderen Vereine und Gesellschaften, die nicht das Recht der eingetragenen
Tanzgesellschaft erlangt haben, finden wegen Abhaltung von Tanzvergütungen die für
öffentliche Tanzvergütungen §§ 3—10 gegebenen Vorschriften entsprechende Anwendung.

§ 17.
Die Vorschriften in §§ 11—16 leiden auf Gesellschaften rein zufälligen Charakters, wie
Schlittenpartien, Hochzeits-, Kindtaufsgesellschaften, Jagdbiere, zu einem Ausfluge vereinigte
Gesellschaften, keine Anwendung, wenn der Tanz nachmittags stattfindet und nicht über
10 Uhr abends dauert, auch Personen, die nicht zu der Gesellschaft gehören, von der Teil-
nahme unbedingt ausgeschlossen sind. In diesen Fällen ist sofort oder spätestens am Tage
nachher von dem Wirte der Ortsbehörde Anzeige zu erstatten und sind die ortsstatutarisch
festgesetzten oder ortsüblichen Abgaben zu entrichten; auch dürfen Tanzvergütungen dieser
Art nur in Schankwirtschaften abgehalten werden, deren Wirt die allgemeine Erlaubnis zur
Abhaltung öffentlicher Tanzvergütungen besitzt.

Veranstalten Gutsvorsteher innerhalb ihres Gutsbezirks solche Tanzvergütungen, so
ist die Anzeige an die Königliche Amtshauptmannschaft zu erstatten.

§ 18.
Tanzvergütungen der in § 11 Absatz 2 bezeichneten Art dürfen nicht vor beendetem
Nachmittagsgottesdienste beginnen und an den Vorabenden aller Sonn- und Festtage nicht
über 12 Uhr nachts ausgedehnt werden.

§ 19.
Für sämtliche nichtöffentliche Tanzvergütungen außer für Privatbälle in Privathäusern
gelten noch folgende Vorschriften:

- 1) An den Eingängen der zum Tanzvergügen benutzten Räume sind Schilder oder
Anschläge mit der deutlichen, in die Augen fallenden Aufschrift „Geschlossene Ge-
sellschaft“ anzubringen.
- 2) Verboden ist:
 - a) Das Aufstellen von Tischen u. s. w. an den Saaleingängen zum Zwecke
der Einziehung von Vereinsbeiträgen oder zur Annahme freiwilliger Bei-
träge oder eines besonders hohen Garderobegeldes u. s. sowie das Auf-
fordern zur Zahlung und das Einsammeln freiwilliger Beiträge im Tanz-
saal und in den Nebenräumen.
 - b) die Einladung von Vereinen, Gesellschaften und Gästen in öffentlichen
Blättern oder in sonst öffentlicher Weise ohne vorher eingeholte Erlaub-
nis der Königlichen Amtshauptmannschaft und
 - c) der Beginn des Tanzes an Sonntagen vor nachmittags 4 Uhr.

